

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa., Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — **Postfachkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.00 M., bei Vorkaufsdritt 2.30 M., Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelleile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigbüchse und alle Postanstalten entgegen.

### Werden sie es wagen?

#### Auf dem Wege zur Hungerkatastrophe.

Die Ernährungslage wird immer bedrohlicher. Die Brotversorgung, die der leichtfertige Ernährungsminister Hermes jüngst im Hauptauschuß des Reichstages als ernst, aber nicht hoffnungslos bezeichnete, ist geradezu katastrophal. Eine offizielle Mitteilung zeigt, daß an eine Erhöhung der Brotzotation überhaupt nicht zu denken ist. Statt 1 1/2 Millionen Tonnen Auslandsgetreide, die nach Hermes nötig wären, wird Deutschland 3 Millionen Tonnen einführen müssen. Das bedeutet eine Ausgabe von 15 Milliarden Mark, für die das Reich keine Mittel hat.

Noch schlimmer fast als diese grauenhafte Tatsache ist aber der Plan, durch den der Minister gegen die Ernährung den Schaden zu reparieren gedenkt. Er will nach dieser Meldung den Vorschlag machen, den Ankauf des ganzen Auslandsgetreides zu monopolisieren, dafür aber das gesamte Inlandsgetreide freizugeben, weil der Handel am besten imstande sei, das von den Landwirten zurückgehaltene Getreide auf den Markt zu bringen. Dieser Plan ist ebenso wahnhaft wie verbrecherisch. Jedermann weiß, daß das Getreide dann von den Händlern im Preise zu unzulässiger Höhe hinaufgetrieben würde, daß die Besitzenden sich Sammelkäufe von Mehl anlegen würden, daß die ärmere Bevölkerung geradezu dem Hungertode ausgeliefert würde.

Über die unerfülllichen Ansprüche fordern bekanntlich unbedürftig um die Not des Volkes auch die Freigabe des Getreides, und was Hermes befehlt, das führt Hermes gehoramt aus. Ob aber die bürgerlichen Parteien es wirklich wagen werden, diese Katastrophenspolitik mitzumachen? Sie sollen sich ernstlich überlegen, ob sie die Verantwortung für die entsetzlichen Folgen einer solchen Ansehungsungspolitik gegen das Proletariat, gegen alle, die von ihrer Hände- und ihrer Geistesarbeit leben, tragen wollen! Auf ihr Haupt läge das volle Maß der schwersten Schuld!

### Die Erfüllung des Kohlenabkommens durch Transportschwierigkeiten gefährdet.

Berlin, 27. November. (W. T. B.) In der Ablieferung der Wiedergutmachungskohle sind in der letzten Zeit Schwierigkeiten eingetreten, weil der Rheinwasserstand auf ein seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtetes Maß zurückgegangen ist. Die Gefahr ist in greifbarer Nähe gerückt, daß die Verladungen nach dem Oberrhein ganz eingestellt werden müssen. Schon jetzt sind einige Oberreinhäfen ganz ausgeschaltet, andere in ihren Leistungen außerordentlich gesunken. Um die drohende Folge der Nichterfüllung des Spa-Abkommens abzuwenden, mußten die bisher auf dem Wasser liegenden Wiedergutmachungstransporte zu einem großen Teil auf die Eisenbahn umgelegt werden. Empfindlichen Wagenmangel und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Schäden sind die Folge. Süddeutschlands Kohlenversorgung wird nur noch unter den größten Anstrengungen aufrechterhalten. Die deutschen Bemühungen, trotz allem die Ententeforderungen zu befriedigen, stoßen dabei auf die weitere Schwierigkeit, daß die belgischen und französischen Bahnen zur Abnahme der erhöhten Bahnfrachten gar nicht in der Lage sind. Alle Vorstellungen bei der Entente, dadurch die Erfüllung des Spa-Abkommens zu ermöglichen, daß die Wiedergutmachungskohle, wie der Friedensvertrag es vorsieht, zum Teil auch über deutsche Seeschiffe geliefert werden darf, waren bis jetzt erfolglos. Auch die Bemühungen, für die Bahntransporte nach Frankreich ausreichende Mengen französischer Wagenmaterial zu erhalten, hatten nur einen ganz unbedeutenden Erfolg. Die langen Wege, die deutsche, mit Kohle besetzte Wagen in Frankreich und Belgien zurücklegen müssen sind auch nicht annähernd ausgeglichen durch Zurverfügungstellung einer entsprechenden Zahl fremder Wagen. Bei dieser Sachlage wäre es möglich, daß am Monatsende die zwei-Millionen-Tonnenlieferung mit einem Fehlbetrag abschließt.

### Loslösungsbestrebungen in Karpathen-Rußland.

U. Prag, 29. November. Laut einer Karamer Meldung der Prager Tribüne organisiert sich in Debreczin ein Detachement, das nach dem Beispiel d'Annunzios und Zeligowskis eine Expedition in Karpathen-Rußland durchzuführen beabsichtigt. In vielen großen Städten Karpathen-Rußlands werden Putschvorbereitungen, welche die Invasion erleichtern sollen. Die Aktion wird mit Unterstützung polnischer und ungarischer Militärkreise durchgeführt und soll die Loslösung der Karpathen von Rußland ermöglichen.

### Belgisches Kriegsmaterial für Polen.

Berlin, 29. November. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Berichterstatter des Lokalanzeigers meldet aus Brüssel: Die belgische Regierung hat mit Polen einen Lieferungsvertrag abgeschlossen, demzufolge Belgien bedeutende Mengen an Kriegsmaterial nach Polen abgibt, das ohne Schwierigkeiten nach Polen transportiert werden könnte, da der Kriegszustand zwischen Polen und Rußland beendet ist.

### Der Bürgerrat als Spitzelzentrale und Putschorganisations.

In Elberfeld hat das Organ unserer Partei, die Volkstribüne, eine große Spitzelzentrale aufgedeckt. Der Elberfelder Bürgerrat steht in engster Verbindung mit der Orgesch, der Watter-Kamarilla in Münster und den reaktionären Offizieren der Reichswehr und der Sipo. Für sein Blatt, den Bürgervorwärt, hat er einen Journalisten engagiert, der auch gegen gute Bezahlung Spitzeldienste zu leisten beauftragt wurde. Er erhielt einen Ausweis als Kriminalwachmeister der Sicherheitspolizei (1), durch einen zweiten Ausweis wurde er vor Verhaftungen geschützt (2), wenn er bei Einbrüchen (3) im Interesse des Bürgerrats erwischt werden sollte. Er erhielt nämlich u. a. den Auftrag, die Papiere seines Logiswirts, eines Syndikalkisten, zu entwenden. Angeblich schändete der Bürgerrat nach schwarzen Listen der Kommunisten. Er beschäftigte insgesamt 150 Agenten, davon 50 bis 60 in Elberfeld-Barmen. Von diesen sind 15 bis 20 Ausgestellte der Sicherheitspolizei! Eine Gesellin, auf der zumeist bekannte Arbeiterführer stehen, ist für den kommenden Rechtsputsch aufgestellt.

Der Chefagent des Bürgerrats heißt Jung; er ist in der R. A. P. D. organisiert, gehörte aber auch der U. S. P. an und hatte die Aufgabe zu erfüllen, bei der Spaltung der Partei kräftig mitzuwirken.

Der Bürgerrat hat auch seinerzeit den Putsch in Belpert organisiert. Der Spitzel Telfer, Mitglied der R. A. P. D., bekam dafür vom Bürgerrat 2500 M. Auch der Vorsitzende der R. A. P. Stendebach, stand im Dienste der Bürgerrats und unterhielt außerdem Beziehungen zur Orgesch. Vor kurzem ist er geflüchtet und aus der R. A. P. D. ausgeschlossen worden. Die Spitzel erhielten außer festem Gehalt noch Spesen, so daß sich ihre Gesamtbezüge auf etwa 3000 M. im Monat belaufen.

Das ist ein Bürgerrat. Aber sie sind alle gleich. Der Berliner Bürgerrat ist mindestens ebenso „tüchtig“ wie sein Elberfelder Kollege.

Der Berliner Bürgerrat hat, wie jetzt im Prinz-Prozess festgestellt worden ist, unter dem Siegel der Verschwiegenheit der Berliner Kommandantur große Geldsummen zur Verfügung gestellt. Diesem Fonds sind anscheinend die Summen entnommen, die für die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgelobt wurden. Der Berliner Bürgerrat hat aber nicht nur Geld für Mordzwecke gegeben, er hat auch durch Flugblätter zum mindesten indirekt zur „Unschändlichmachung“ Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs aufgefordert. Derartige Flugblätter sind in den Dezember- und Januar Tagen massenhaft in allen Straßen Berlins verbreitet worden. Die Freiheit erinnert daran, daß sie am Montag, dem 30. Dezember 1919, über ein solches Machwerk berichtet hat. Es hieß darin u. a.: „Wollt ihr Freiheit, dann macht die bewaffneten Angehörigen Liebknechts unschändlich. Und wenn ihr einig seid, reißt die ganze Gesellschaft aus!“ Dieses Flugblatt trug bezeichnender Weise keine Unterschrift und keine Druckfirma. Die Freiheit hat damals festgestellt, und zwar in der obliquen Druckerel, wo das Machwerk hergestellt wurde, selbst, daß der Bürgerrat Groß-Berlins der Auftraggeber war.

Das sind zwei Bürgerräte, aber diesen beiden werden die anderen in den verschiedenen Städten des Reiches, wird der in Leipzig gleichen, wie ein faules Ei dem anderen. Wonach man die fauleren Versicherungen dieser verkappten Kappisten beurteilen mag, daß sie nicht zum Bürgerkrieg gehen!

### Die Abstimmung in Oberschlesien.

Paris, 28. November. Der Londoner Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet, daß gestern über die Volksabstimmung in Oberschlesien verhandelt wurde. Um den Angelegenheiten zu entgehen, die die Zureille von vielen außerhalb des Volksabstimmungsbezirks Wohnenden am Tage der Volksabstimmung haben könnte, seien zwei Vorschläge gemacht worden. Nach dem einen sollen die außerhalb des Abstimmungsbezirks Wohnenden nicht an dem gleichen Tage wie die Bevölkerung von Oberschlesien abstimmen. Nach dem anderen Vorschlag sollen die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden auch außerhalb des Abstimmungsbezirks, aber in der Besetzungzone, etwa in Köln, abstimmen. In dieser Lösung bemerkt der Berichterstatter der Agence Havas, sie stelle die Freiheit des Abstimmungsrechts und gleichzeitig die Aufrechterhaltung der Ordnung sicher. Es sei beschlossene worden, den letzten Vorschlag Polen und Deutschland zur Annahme zu unterbreiten. Würde er abgelehnt, so werde man die andere Lösung zur Anwendung bringen.

Katowitz, 27. November. Der deutsche Wechseltommis Dr. Ubrant hat an die internationalisierte Kommission in Opatow den Antrag gerichtet, den polnischen Abstimmungsbeamten Wojcicki Korsantow aus dem Abstimmungsgebiet auszuweisen.

### Teuerungsunruhen in Madrid.

U. Basel, 29. November. Aus Madrid wird gemeldet: Infolge von Teuerungsunruhen und der einsetzenden Teuerung ist es hier zu Unruhen gekommen. Die Polizei schritt ein, wobei zahlreiche Personen verwundet und verhaftet wurden.

### Rheinische Stahlwerke.

B. A. Die guten Ergebnisse des Geschäftsjahres 1919, die in fast allen Industrien zu verzeichnen sind und in einem krassen Gegensatz zu der Verelendung der Arbeiterschaft und dem heftigen Widerstand gegen jede Lohnaufbesserung stehen, werden in den letzten Wochen ergänzt durch eine Reihe neuer Abschlässe der Montanindustrie, die in den letzten Jahren kaum fahbare Gewinne zu verzeichnen hat. Aus der Fülle der glänzenden Bilanz, die in rascher Aufeinanderfolge publiziert worden sind, wollen wir heute nur eine einzelne herausgreifen, um an ihr die Entwicklung innerhalb der Schwerindustrie einmal kurz zu beleuchten. Es handelt sich bei diesem typischen Beispiel um die Gewinn- und Verlustrechnung und den bilanzmäßigen Abschluß der Rheinischen Stahlwerke Duisburg.

Die Rheinischen Stahlwerke, deren beabsichtigte engere Verbindung mit dem großen Montanwerk Phoenix vor kurzer Zeit die Öffentlichkeit beschäftigte, haben seit dem Jahre 1914 verschiedene Erhöhungen des Aktienkapitals vorgenommen. Von 48 Millionen 1914 ging man 1915 auf 48, 1916 auf 60 und 1919 auf 65 Millionen Mark hinauf. Es hat also, gemessen an der Entwertung des Geldes und den dadurch eingetretenen Erfordernissen an erhöhtem Betriebskapital, keine sehr beträchtliche Vermehrung des Aktienkapitals stattgefunden. Dagegen hat der Betriebsgewinn folgende Entwicklung inzwischen durchgemacht: Im ersten Kriegsjahre belief er sich auf den verhältnismäßig bescheidenen Betrag von fast 7 Millionen Mark, es wurde eine Dividende von 8 v. H. verteilt. Die gute Konjunktur der Durchlaufjahre bewirkte, daß 1915/16 bereits eine Erhöhung des Betriebsgewinns auf über 12 Millionen und eine Steigerung der Dividende auf 10 Prozent eingetreten war. Die Jahre des Hindenburg-Programms 1916/18 brachten je etwa 23 Millionen Mark Ueberfluß und eine Ausschüttung von 12 1/2 v. H. Beträchtliche Summen wurden für Abschreibungen zurückgestellt, ganz abgesehen von den bereits vorher geschaffenen stillen Reserven. Das Revolutionsjahr 1918/19 brachte auch bei den Rheinischen Stahlwerken einen bedeutenden Rückschlag, der Betriebsgewinn sank auf etwa acht Millionen, blieb also selbst in dieser Periode schwerster Erschütterung aller wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse noch über dem Stand von 1914, wobei allerdings zu bemerken ist, daß die Veränderung des Geldwertes in einem gewissen Umfange Berücksichtigung verdient.

Sinkende Produktion, Streiks, Verkehrs- Hemmnungen, Störungen der Erzeugung, Verzögerung der Arbeitsleistung sind nach dem Geschäftsbericht der Stahlwerke das Kennzeichen des Jahres 1919/20 gewesen, und wer sollte nicht angesichts einer derartigen Situation eine scharfe Senkung der Gewinnziffer, ein Verlustergebnis von katastrophalem Ausmaß erwarten? Aber weit gefehlt. Wie Sohn und Spott klingen die vorhergehenden Worte, wenn man sich vor Augen führt, daß trotz dieser Zerrüttung der Produktion ein Betriebsgewinn von nicht weniger als 50 Millionen Mark ausgewiesen wird, das sind 80 vom Hundert des gesamten, in den Betrieben arbeitenden Aktienkapitals. Betrachtet man sich aber die einzelnen Angaben etwas näher, dann wird es ohne weiteres klar, daß auf jeden Fall bei der Bewertung der Warenbestände, Rohstoffe, Anlagen usw. eine so weitgehende Vorsicht gewaltet hat, daß man gewiß nicht fehl geht in der Annahme, in Wirklichkeit ist der Betriebsgewinn noch viel größer gewesen, als es selbst nach diesen gewaltigen Bilanzziffern den Anschein hat.

Um einen Vergleich über die produktive Leistung des Werkes zu geben, aus der sich erst die volle Bedeutung dieser Rekordgewinnziffern ermessen läßt, wolle ich darauf hin, daß im Jahre 1918/19 fast 650 000 Tonnen Roheisen erzeugt wurden, im Jahre 1919/20 jedoch nur 350 000 Tonnen. Die Rohestahlherstellung ist von annähernd 700 000 Tonnen auf 466 000 zurückgegangen. Es hat also eine Verminderung der Eisenproduktion auf etwa 60 Prozent der Friedensproduktion stattgefunden, während der Betriebsgewinn auf das um 19 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital um nicht weniger als 70 Prozent gestiegen ist. Wer angesichts dieser Ziffern noch etwas von einem Ausgleich durch die eingetretene Geldentwertung zu sagen wagt, soll sich einmal vor Augen führen, was es heißt, daß ein Großunternehmen, dessen Erzeugung unter lauter Faktoren schwerwiegendster Art, wie es selbst ausdrücklich mitteilt, gestanden hat, eine Gewinnsteigerung derartigen Ausmaßes verzeichnen kann!

Wenn man den Ursachen dieser riesigen Gewinne nachspürt, dann ist es ohne weiteres klar, daß sie in den ständigen bedeutenden Preiserhöhungen zu suchen sind, die von dem Selbstverwaltungsrat der Eisenindustrie und seinem Nachfolger, dem Eisenwirtschaftsbund, unter Billigung der Regierung vorgenommen worden sind. Trotz eindringlichster Warnungen, die nicht nur von der sozialistischen Presse, sondern